

Landesschiedsgericht Bayern

In der Sache

KV Nürnberg c/o Vors. Martin Sichert [REDACTED]
[REDACTED]

- Antragsteller -

gegen

Bezirksvorstand Mittelfranken, vertreten durch den 1. Vorsitzenden, Siegfried Lang,
[REDACTED]

Antragsgegner

mit dem Antrag auf einstweilige Anordnung gem. § 20 SGO,

dem Bezirksverband Mittelfranken zu untersagen, die für den 11. Dezember 2016
einberufene Mitgliederversammlung zur Gründung eines neuen „KV Nürnberg-Süd“
abzuhalten.

Aktenzeichen LSG-BY-2016-010

hat das Landesschiedsgericht gemäß § 20 Abs. 2 Satz 1 SGO durch seinen
Vizepräsidenten Manfred Schmidt folgenden

Beschluß

gefaßt

1. Der Antrag auf einstweilige Anordnung wird zurückgewiesen.
2. Die Entscheidung ergeht kostenfrei, außergerichtliche Kosten und Auslagen werden nicht erstattet.

Gründe:

Bereits die Zulässigkeit des Antrages kann fraglich sein, weil der antragstellende
Kreisvorsitzende kein Beschluß-Protokoll vorgelegt hat, aus dem sich die
Legitimation zur Antragstellung ergibt.

Indes kann das dahinstehen, weil der Antrag jedenfalls nicht begründet ist.

Es fehlt schon am Eilbedürfnis, weil ein evtl. Neugründungs-Beschluß nur unter der aufschiebenden Bedingung der Genehmigung durch den Landesvorstand (LV) gefaßt werden kann (§ 3 Abs. 1 Satz 4).

In der Zwischenzeit bis zur kurzfristig zu erwartenden Entscheidung des LV können wegen dieses Bedingungs vorbehaltes keine unwiederbringlichen Maßnahmen ergriffen werden, die eine einstweilige Anordnung rechtfertigen könnten.

Es fehlt also sowohl an einem Anordnungsanspruch als auch an einem Anordnungsgrund.

In Betracht kommt auch weder die Sicherung eines Rechts noch eine irgendwie erforderliche Regelungsnotwendigkeit.

Der Antragsteller hat in seinem umfangreichen Antrags-Schriftsatz nichts vorgetragen, was zu einem anderen Ergebnis führen müßte.

Die dortigen Ausführungen sind teils unzutreffend und gehen zu einem weiteren Teil am Kerngehalt der aufgeworfenen Problematik vorbei, weshalb auf die Einzelheiten im Rahmen dieser Entscheidung nicht eingegangen zu werden braucht.

Insbesondere wird aber der Vorwurf von etwaiger Gleichheit im Unrecht zurückgewiesen.

Dem Gericht ist der Verfassungsgrundsatz, daß es keine Gleichheit im Unrecht gibt, sehr wohl bekannt.

Davon kann allerdings vorliegend keine Rede sein.

Vielmehr ist die fast von Anbeginn an praktizierte und unbeanstandet gebliebene Großstadt-Regelung am Beispiel der Landeshauptstadt München nicht nur eingängig, sondern aus vielerlei praktischen und organisatorischen Erwägungen heraus zweckmäßig und vorbehaltlich der noch ausstehenden Entscheidung des Landesvorstandes sogar geboten, ohne daß diese auch nur im Ansatz präjudiziert werden soll.

Der Zuschnitt von Kreisverbänden auf Bundestags- künftig evtl. sogar auf Landtags-Wahlkreise erscheint dem Gericht vernünftig, wenn die Mitgliederzahlen das hergeben.

Ein Hauptsacheverfahren in dieser Sache wird nicht eröffnet, weil der Antrag damit erledigt ist und im Zusammenhang mit der Genehmigungs-Entscheidung des LV der Rechtsweg erneut eröffnet wird.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluß kann bei dem Bundesschiedsgericht der AfD, Postfach 680154, 30607 Hannover,
E-Mail: bundesschiedsgericht@alternativfuer.de binnen zwei Wochen ab Zugang dieser Entscheidung Antrag auf Überprüfung gestellt werden.

Baldham, den 11.12.2016

gez. Manfred Schmidt

Vizepräsident des Landesschiedsgerichtes Bayern